

das herausragende Ereignis bei der gesellschaftlichen Umgestaltung. Überall war die revolutionäre Aktion der Volksmassen der ausschlaggebende Faktor bei der Eroberung der politischen und der ökonomischen Macht der Arbeiterklasse, beim Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie.

Der Stimmzettel-Fetischismus, das Hofieren der Wahlbürger vor den jeweils anstehenden Wahlen, das Suggestieren einer Teilhabe an der Machtausübung im Staat, einer politischen Mitbestimmung, ist untrennbar mit der ideologischen Funktion von Wahlen verbunden, die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen unter der Botmäßigkeit des Kapitals zu halten. „Ohne Wahlen“, schrieb Lenin, „geht es in unserem Zeitalter nicht; ohne die Massen kommt man nicht aus, die Massen aber können im Zeitalter des Buchdrucks und des Parlamentarismus nicht geführt werden ohne ein weit verzweigtes, systematisch angewandtes, solide ausgerüstetes System von Schmeichelei, Lüge, Gaunerei, das mit -populären Modeschlagworten jongliert, den Arbeitern alles mögliche, beliebige Reformen und beliebige Wohltaten verspricht — wenn diese nur auf den revolutionären Kampf für den Sturz der Bourgeoisie verzichten.“⁶ Dieses System hat in der großen Zahl der Fälle, wo es, so oder so an die sich ändernden Klassenkampfbedingungen angepaßt, praktiziert wird, noch immer funktioniert.

Was geschieht nun aber, sollte bei Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen eine fortschrittliche, eine revolutionär-demokratische Koalition den Sieg davontragen? Unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus, wo sich die soziale Basis der Monopolbourgeoisie tendenziell verengt,* wo immer breitere Bevölkerungsschichten durch ihre objektive Lage zu Bundesgenossen der Arbeiterklasse und in den Kampf gegen die staatsmonopolistische Herrschaft hineingezogen werden, wo die politische Instabilität des volksfeindlichen Machtgefüges im Wachsen begriffen ist, wo das Schlagwort von der „Unregierbarkeit“ des imperialistischen Staatswesens aufgekommen ist⁷, wo sich das Kräfteverhältnis im Weltmaßstab zunehmend zugunsten des Sozialismus verändert — in einer solchen Situation wachsen auch die Möglichkeiten, daß das eintritt, was der dialektische Materialismus als den Umschlag quantitativer Veränderungen in qualitative bezeichnet, daß also Wahlen nicht mehr imstande sind, die ihnen von den herrschenden großkapitalistischen Kreisen zugeordnete herrschaftsstabilisierenden Funktionen zu erfüllen, und in ihr direktes Gegenteil Umschlägen, d. h. nicht nur der umfassenden Massenmobilisierung schlechthin dienen, sondern als unmittelbarer Ausgangspunkt zu tiefgreifenden antimonopolistischen Umgestaltungen dienen könnten.

Es handelt sich hierbei — wie im folgenden gezeigt werden soll — um keine hypothetische Fragestellung.

Wahlen und Faschismus

Als im Februar 1936 im republikanischen Spanien Parlamentswahlen stattfanden, erstritten die in der Volksfront zusammengeschlossenen Parteien einen großen Sieg. Von 473 Sitzen des Parlaments eroberten sie 268. Fünf Monate später begann unter Leitung von General Franco der faschistische Putsch gegen das gewählte Parlament, gegen die demokratische Regierung. Danach gab es in Spanien über 40 Jahre lang kein aus Wahlen hervorgegangenes Parlament mehr.

Als im September 1970 in Chile die in der Unidad Popular zusammengeschlossenen Parteien und Bewegungen bei den Präsidentschaftswahlen die relative Mehrheit erreichten und die Regierung des Präsidenten Allende daranging, einschneidende sozial-ökonomische Veränderungen in Angriff zu nehmen, zögerte die chilenische Reaktion, unterstützt insbesondere vom USA-Imperialismus, keinen Augenblick mit zielgerichteten Anstrengungen zur Destabilisierung der Volksmacht. Nach drei Jahren

ihrer Existenz wurde die Unidad-Popular-Regierung Allendes durch einen militär-faschistischen Putsch gestürzt. Seither herrscht in Chile die Nacht des Faschismus.

Diese Beispiele zeigen, daß die Monopolbourgeoisie nicht im geringsten bereit ist, ein für sie ungünstiges Wahlergebnis anzuerkennen. Solange sie noch im Exekutivapparat des Staates, vor allem in Polizei und Armee, feste Positionen besitzt, solange sie noch Hoffnung hat, das Blatt wieder zu ihren Gunsten zu wenden, solange wird sie alles daransetzen, um ihr nicht genehme Wahlergebnisse samt ihren Folgen in ein politisches Nichts zu verwandeln. Sie scheut sich nicht, in einer solchen Lage, wenn ihre Macht ernsthaft auf dem Spiele steht, die bürgerliche Demokratie mit allen ihren Attributen, also auch Wahlen, über Bord zu werfen. Geleitet von ihrer jeweiligen Einschätzung der Lage, setzen die imperialistischen Kreise ihr umfangreiches Instrumentarium auf die eine oder andere Weise ein, wobei dies freilich nicht allein von ihnen, sondern stets auch von der Stärke der Klassegegner abhängt. Lenin führte dazu aus: „Je entwickelter die Demokratie, desto näher rücken bei jeder tiefgehenden politischen Auseinandersetzung, durch die die Bourgeoisie gefährdet wird, Pogrome oder Bürgerkrieg heran.“⁸

Die negative Haltung des Monopolkapitals zur bürgerlichen Demokratie darf keinesfalls als die Folge einer von vornherein und überall, von allen seinen Gruppierungen empfundenen Sympathie für autoritäre oder faschistische Herrschaftsformen gedeutet werden. Sie ergibt sich vielmehr aus den Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes, der die Bourgeoisie welthistorisch immer mehr an den Rand des Abgrunds drängt. Daraus folgt der Drang zu terroristischen Herrschaftsmethoden, die dem Kapital jedoch keine stabile und dauerhafte Herrschaft garantieren. Diese geschichtlichen Erfahrungen haben nicht nur die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen gemacht, sondern auch die Bourgeoisie. Versucht sie dennoch auf die brutalsten Formen der Machtausübung zurückzugreifen, so deshalb, weil sie keinen anderen Ausweg mehr sieht. Aber selbst dann, wenn die Errichtung einer faschistischen Diktatur trotz des Widerstands der Arbeiterklasse gelingen sollte, können wir häufig die Neigung beobachten, noch die äußeren Formen der bürgerlichen Demokratie zum Schein beizubehalten, um die tatsächliche Menschenfeindlichkeit des Regimes gegenüber den Massen notdürftig zu verschleiern.

So gab es in einigen Ländern unter faschistischer Herrschaft noch Parlamente, die allerdings den Charakter einer „Volksvertretung“ mit den in einer bürgerlichen Demokratie üblichen gesetzgeberischen Vollmachten verloren hatten.⁹ Solche Parlamentsattrappen werden bisweilen auch in Scheinwahlen aus der Taufe gehoben. Das traf z. B. für den Reichstag im faschistischen Deutschland zu, der nur noch aus Mitgliedern der Nazipartei bestand, da alle anderen Parteien verfolgt oder verboten worden waren. In dieser Zusammensetzung war er zu einer reinen Akklamationskörperschaft herabgesunken. Ein faschistischer Verfassungsrechtler schrieb damals: „Der Reichstag ist kein Kontrollorgan ..., sondern er ist eine Einrichtung, die dazu dient, die politische Übereinstimmung von Volk und Regierung öffentlich zum Ausdruck zu bringen ... Es kommt kein vom Führer unabhängiger selbständiger Wille des Reichstags zustande.“¹⁰

Weder die bürgerliche Demokratie noch der Faschismus können der Bourgeoisie das ewige Leben als herrschende Ausbeuterklasse sichern, weder mit Wahlen noch ohne Wahlen. Wen nimmt es da wunder, daß die Bourgeoisie ein schier unüberschaubares Netz raffiniertester Prozeduren, Kniffe und Klauseln erfunden hat, damit Wahlen, egal für welche Herrschaftseinrichtungen sie stattfinden mögen, so ablaufen, daß die Macht der Monopole, wenn es nur nach ihnen ginge, ad infinitum andauern würde.